BERLINER MORGENPOST

Ausgabe B

Wöchentlich 50 Pfennig
Einzeln 10 Pf.
Sonntags 15 Pf.

Beilagen: Täglich Unterhaltungsblatt mit Roman, Freitags Brummbär (Bildblatt), Monatlich 2.15 M durch Boten. +) durch die Post monatlich 2.10 M *) und 30 Pf. Bestellgeld. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Ersatz. Anzeigenpreise: Millimeterzeile 75 Pf., Stellengesuche 30 Pf., Reklame-Millimeterzeile 5.— M. Familien-Anzeigen besonderer Teil. Diese Anzeigen: Zu jeder der Ausgaben A, B u. C: Textwort 23 Pf., Stellengesuche 18 Pf., Geschäftsanzeigen 9 Pf., Ueberschriftswort 45 Pf. Stellen-Angebote ohne Wohnortsnennung im „Berliner Arbeitsmarkt" bis 11 Uhr mittags im Ullsteinhaus. Vertretung nachweislich durch die Ullstein-Filialen. +) Einschließlich 20 Pf. Zustellgebühr. §) Einschließlich 48 Pf. Postgebühren.

Abonnements- und Anzeigen-Annahme im Ullsteinhaus, Kochstr. 22-26 und in allen Ullstein-Filialen: C: Charlottenburg: Bismarckstr. 64; Kaiserdamm 210; Kurfürstendamm 232; Wilmersdorf, Sitz. 2; Steglitz: Schloßstr. 46; Potsdamer Str. 2; Schöneberg: Hauptstr. 149; Tempelhof: Berliner Str. 91; Charlottenbg.: Berliner Str. 67; Kaiserdamm 38; Kantstr. 148; Lauenzienstr. 1; Wilmersdorf, Str. 111; Friedenau: Rheinstr. 45; Wilhelmstr. 38; Richard-Str. 5; Berlin-Lichterfelde: Hauptstr. 1; Schmargendorf: Berliner Str. 48; Zehlendorf: Berliner Str. 16; Berlin-Grunewald: Hauptstr. 1; Wilmersdorf: Uhlandstraße 95; SW: Bischofstraße 5; Moritzplatz 67; N: Brunnenstr. 43; Neukölln: Berliner Str. 40; Hermannpl. 7; Hermannstr. 166; Tempelh.: Berliner Str. 16; Berlin: Kudamm Str. 54; Bahnhofstr. 1; Potsdam: Brandenburg. Str. 49; Hauptpost 1; Regierungsstr. 3; Nowawes: Eisenbahnstr. 1; Potsdam: Bismarckstr. 31; Friedrichsfelde: Str. 59; Pankstr. 3; Lichtenberg: Frankfurter Allee 84; Pankow: Bahnstr. 6; Brunnenstr. 44; Schönhauser Str. 45; Treptow: Bahnhofstr. 123; Altonaer Str. 1; Bahnhofstr. 17; Weißensee: Berliner Str. 9; Charlottenbg.: Bismarckstr. 1.

Nr. 153 — Verlag u. Redaktion: SW 68, Kochstr. 22-26. Fernspr.-Zentrale: Ullstein, Amt Dönhoff (A7) 2600 bis 3665, für den Fernverkehr 3666 bis 3696. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck: Berlin 660. — Mittwoch, 28. Juni 1933 — Meldungen wichtiger Art sind zu jeder Tages- und Nachtzeit erwünscht und werden angemessen bezahlt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt. — 10 Pfennig

Ulla, die Tochter
Heute neuer Roman

Rücktrittsgesuch Hugenbergs

Selbstauflösung der Deutschnationalen Front

Freundschaftsabkommen mit der Nationalsozialistischen Partei

Reichsminister Dr. Hugenberg hat gestern sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Staatssekretär Meißner hat sich zum Reichspräsidenten nach Neudeck begeben, um ihm heute über das Rücktrittsgesuch und die gesamte politische Lage Vortrag zu halten. Die Entscheidung des Reichspräsidenten wird heute erwartet. Gleichzeitig hat die Deutschnationale Front ihre Selbstauflösung vollzogen und ein Freundschafts-Abkommen mit der NSDAP abgeschlossen.

Die Deutschnationalen

Berlin, 27. Juni

Wie die Reichspressestelle der NSDAP mitteilt, haben die führenden Persönlichkeiten der Deutschnationalen Front nach Rücksprache mit dem Reichskanzler Adolf Hitler und nach Abschluß eines Freundschaftsabkommens mit dem Führer der NSDAP heute abend die Selbstauflösung der Deutschnationalen Front beschlossen. Dieser Beschluß wird sofort zur Durchführung kommen.

Von führender nationalsozialistischer Seite wird dazu betont, daß die weittragende Bedeutung dieses großzügigen Beschlusses den guten Willen der leitenden Persönlichkeiten der Deutschnationalen Front erkennen lasse, und daß von nationalsozialistischer Seite dieser gute Wille hoch anerkannt werde. Es gehe künftig nur noch eine große Front, die Front aller schaffenden Deutschen, nachdem nun außer der Zentrumspartei die letzte deutsche Partei von der Bildfläche verschwunden sei.

Die Anerkennung, die Reichskanzler Adolf Hitler den Führern der Deutschnationalen Front zu ihrem großzügigen Beschluß gezollt habe, geht daraus hervor, daß er heute abend ein Freundschaftsabkommen mit der bisherigen Deutschnationalen Front abgeschlossen hat, das im Laufe des morgigen Tages zur Veröffentlichung kommen wird. Danach dürften zumindest alle deutschnationalen Abgeordneten als Hospitanten in die nationalsozialistischen Fraktionen aufgenommen werden.

* * *

Das Rücktrittsgesuch des Ministers Hugenberg war im Laufe der Entwicklung, wie sie während der letzten Tage eingetreten war, zu erwarten. Dem Totalitätsprinzip der Nationalsozialistischen Partei und der Verwirklichung des Einparteistaates konnte es auf die Dauer nicht entsprechen, daß im Reichskabinett und im preußischen Kabinett eine Persönlichkeit als ausgesprochener Vertreter einer anderen politischen Organisation tätig war. Infolgedessen fand das Problem des Ministers Hugenberg von vornherein in engem inneren Zusammenhang mit dem Problem der Deutschnationalen Partei. Es ist also ein durchaus logisches Zusammentreffen, wenn gleichzeitig mit der Einreichung des Rücktrittsgesuchs des Ministers Hugenberg der Vorstand und die Landesführer der deutschnationalen Front zu einer Beratung zusammengetreten sind und die Selbstauflösung der Partei vollzogen haben.

Ob Hugenberg etwa, wenn er nach Selbstauflösung der Deutschnationalen Front lediglich als Sachverständiger für Wirtschaftsfragen an der Spitze eines Ministeriums im Kabinett verbleiben könnte, ist zweifelhaft. Diese Frage wird wohl, sei es durch Entschluß der deutschnationalen Führer selbst, sei es durch die Besprechung gelöst, die heute in Neudeck stattfindet. Staatssekretär Meißner ist erst gestern abend nach Neudeck gereist. Eine Entscheidung konnte daher gestern nicht mehr erfolgen.

In jedem Falle ist sicher, daß die heutigen Ereignisse die Entwicklung zum Einparteistaat beschleunigen, und darin vor allem liegt ihre grundsätzliche politische, in die Zukunft weisende Bedeutung. Das Ende der Deutschnationalen ist ein weiterer wichtiger Schritt im Zuge der Entwicklung der letzten Zeit. Von den politischen Parteien der vergangenen Zeit bleibt dann neben den Nationalsozialisten nur noch das Zentrum übrig. Auch hier hat ja das Einschreiten gegen bestimmte Bestrebungen, vor allem der Bayrischen Volkspartei gezeigt, daß eine grundsätzliche Entscheidung bevorsteht.

Bei einem Ausscheiden des Ministers Hugenberg aus allen seinen jetzt vertretenen Aemtern würde die Neubesetzung von zwei preußischen und zwei Reichsministerien vorgenommen werden müssen, die selbstverständlich auch nach dem Totalitätsprinzip erfolgen würde.

*

Minister Graf Quadt tritt zurück

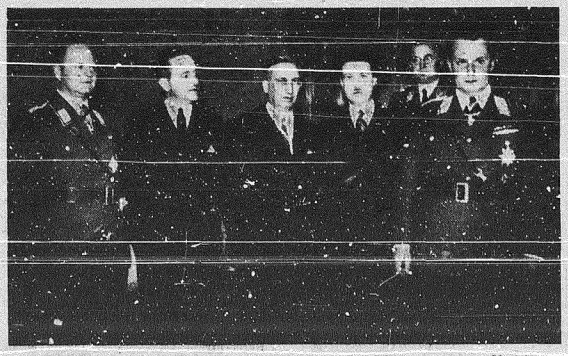
München, 27. Juni

Der bayrische Wirtschaftsminister Graf von Quadt-Isny, der der Bayrischen Volkspartei angehört, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Reichsstatthalter genehmigte auf Vorschlag des Ministerpräsidenten den Rücktritt. Ministerpräsident Siebert übernimmt bis auf weiteres selbst die Führung des Wirtschaftsministeriums. Die drei Staatssekretäre im Wirtschaftsministerium wurden erneut bestätigt.

Empfänge in Neudeck

Im Ausland werden wiederum Gerüchte verbreitet, nach denen es dem Reichspräsidenten von Hindenburg nicht gut gehe. An diesen Gerüchten ist, worauf von zuständiger Stelle wiederholt hingewiesen wird, kein wahres Wort. Staatssekretär Meißner ist heute zum Vortrag über die politische Lage in Neudeck, und am Donnerstag wird der Reichspräsident in Neudeck den scheidenden englischen Botschafter Sir Horace Rumbold empfangen. Diese Tatsachen dürften wohl genügen, um zu beweisen, daß die Gerüchte jeglicher Grundlage entbehren.

Italienische Luftfahrt-Leiter in Berlin



Dr. Molfese, der Direktor der italienischen Zivil-Luftfahrt, wurde vom Ministerpräsidenten Göring im „Kaiserhof" empfangen. Es handelt sich hierbei um Besprechungen, die seinerzeit bei dem Rom-Besuch des Reichsluftfahrtministers Göring eingeleitet worden sind und die die weitere Ausgestaltung der deutsch-italienischen Luftverkehrs-Beziehungen zum Ziel haben. — Unser Bild zeigt rechts Ministerpräsident Hermann Göring, neben ihm Dr. Molfese und Sektions-Chef Cacopardo. Ganz links Staatssekretär Milch.

Versailles

Zum vierzehnten Male jährt sich heute der Tag, an dem Deutschlands Vertreter in Versailles das Friedensdiktat unterschreiben mußten. Von welchem Geist dieser sogenannte Friedensvertrag eingegeben war, wurde von den Siegermächten dadurch symbolisch zum Ausdruck gebracht, daß der Unterzeichnungsakt in dem Spiegelsaal des Versailler Schlosses verlegt wurde: die Stätte, an der ein halbes Jahrhundert zuvor der Traum der deutschen Einheit endlich in Erfüllung gegangen war, sollte nach dem Willen der Sieger auch der Schauplatz von Deutschlands tiefster Erniedrigung sein. Dem entsprach auch die wenig courtoisievolle Behandlung der deutschen Delegierten, der Verhandlungston — wenn man von Verhandlungen überhaupt sprechen konnte — widersprach allen diplomatischen Gepflogenheiten.

Den äußeren Formen entsprach der Inhalt des furchtbaren Dokuments, das nach monatelangen Geheimverhandlungen der Alliierten zustande gekommen war, ohne daß die deutschen Delegierten etwas anderes dazu hätten sagen dürfen als ja oder nein. Es war schon ungewöhnlich, daß vor dem Abschluß dieser geheimen Verhandlungen kein deutscher Vertreter zugezogen wurde. Dabei hatte man zuvor verkündet, die Geheimdiplomatie sei nun für alle Zeiten abgeschafft. Der Inhalt des Vertrages war eine vollkommene Verleugnung all der Grundsätze, die die Alliierten zuvor als heilig und unantastbar proklamiert hatten. Im Vertrauen auf Wilson, im Vertrauen auf die berühmten vierzehn Punkte hatte Deutschland die Waffen niedergelegt. Schon der Waffenstillstandsvertrag und seine Durchführung waren ein Bruch gegebener Versprechungen. In diesem Vertrag, erst recht in dem Vertrag von Versailles wurden die vierzehn Punkte vollkommen preisgegeben. Keine Annexionen sollte es mehr geben wie nach früheren Kriegen, keine Kriegsentschädigung sollte dem Besiegten auferlegt werden, noch mehr: es sollte überhaupt weder Sieger noch Besiegte geben, und als unverzeihlich wurde das Selbstbestimmungsrecht aller Völker verkündet.

Nichts von alledem war in dem Dokument von Versailles zu finden. Damit das Gesicht gewahrt werden konnte, der Widerstreit zwischen Theorie und Praxis der Friedensmacher nicht zu offenkundig würde, erfand man das Märchen von Deutschlands Alleinschuld am Kriege. Auf den berüchtigten Artikel 232 glaubte man die Rechtsverletzungen und die ungeheuerlichen Verpflichtungen gründen zu können, mit denen das deutsche Volk für alle Zeiten belastet und zur politischen und wirtschaftlichen Sklaverei verurteilt werden sollte. An das Kriegsschuldmärchen, das eine Kriegsschuldlüge war, mochten die Urheber des Vertrages wohl selber nicht glauben. Abgesehen davon, daß die Kriegsschuldbehauptung einer aktenmäßigen Nachprüfung nicht standhält — schon nach ganz kurzer Zeit war die Glaubhaftigkeit dieser Legende bei den eigenen Völkern der Siegermächte erschüttert. Die endgültige Rehabilitierung vor dem Forum der Geschichte konnte nicht zweifelhaft sein.

Aber gerade wenn man dies berücksichtigt, wird das Unrecht, was man Deutschland angetan hat, nur noch offenkundiger, und es ist nur logisch, daß der Revision der Kriegsschuldlüge auch die Revision des ganzen Vertrages folgen muß. Es gibt kein Dokument der Weltgeschichte, dessen innere Begründung so wenig überzeugend ist und dessen äußere Fortwirkung in Gegenwart und Zukunft eine so furchtbare Realität besitzt. Man kann sagen, daß alle die Fragen, mit denen Europa und die Welt sich heute abmühen, all die Nöte und Wirren, in die die Völker heute verstrickt sind, auf Versailles in ihrem letzten Ursprung zurückgehen. Es